

Riester-Rente für alle?; Mehr private Vorsorge ist nötig - über den Weg wird gestritten

Die gesetzliche Rente wird den Lebensstandard nicht mehr sichern können. Damit wird private Altersvorsorge immer wichtiger. Doch viele Bürger sorgen ungenügend vor. Droht deshalb schon bald wieder eine neue Altersarmut?

Barbara Thurner-Fromm

Schon 2001, als die rot-grüne Koalition über die Einführung der Riester-Rente beraten hat, wurde die Frage aufgeworfen, ob die geplante private Altersvorsorge verpflichtend gemacht werden soll. Doch die Kritik an der neuen Rente war so heftig, dass die Überlegung schnell wieder verworfen wurde. Nun stellt sich die Frage erneut. Denn die Riester-Rente ist trotz der staatlichen Förderung bisher hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Erst rund 4,4 Millionen Riester-Verträge wurden bisher abgeschlossen.

Das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA), das von der Deutschen Bank finanziert wird, stellte gestern eine Studie vor, die zum Ergebnis kommt, dass die Deutschen "die Folgen von steigender Lebenserwartung und sinkender gesetzlicher Rente dramatisch unterschätzen". Der Mannheimer Wirtschaftswissenschaftler Axel Börsch-Supan, einer der Autoren der Studie, sagt, "bei realistischer Einschätzung der Lebenserwartung werden 59 Prozent aller Haushalte die entstehende Rentenlücke mit dem heutigen Sparverhalten nicht füllen können". Die Lücke beziffert das DIA im Schnitt auf 150 Euro monatlich; bei den heute 40- bis 49-Jährigen beträgt sie sogar 215 Euro. Fast 30 Prozent aller Haushalte drohe deshalb Altersarmut.

(...)

Doch gegen die obligatorische Privatvorsorge melden sich zunehmend Kritiker zu Wort. "Viele Menschen müssten davon ausgenommen werden, weil sie bereits Vorsorgeverträge haben", sagt Franz Ruland, der Geschäftsführer des Verbandes der Rentenversicherungsträger im Gespräch mit der Stuttgarter Zeitung. "Das sind ungefähr 70 Prozent der Bürger. Es würde ein erheblicher Verwaltungsaufwand entstehen, weil die Behörden prüfen müssten, ob die vorhandenen Altersvorsorgeverträge ausreichen", sagt Ruland.

(...)

Auch Sozialministerin Ulla Schmidt lehnt eine Pflichtvorsorge ab. Sie glaubt, dass sich die Riester-Rente doch noch durchsetzt. Die Versicherungsbranche jedenfalls berichte von einem Boom. Auch die betriebliche, ebenfalls staatlich geförderte Vorsorge erlebe eine Renaissance. Allerdings auch mit negativen Folgen für die gesetzliche Rente: Denn die Umwandlung von Lohnbestandteilen führt bei den Rentenkassen zu immer deutlicheren Mindereinnahmen. VDR-Geschäftsführer Ruland forderte dieser Tage deshalb schon, dass "die Umwandlung nach 2008 keine Beitragsfreiheit mehr bringen darf".

Für die Rentner von heute mag die gesetzliche Rente noch ausreichen - für die Rentner von morgen gilt das nicht mehr.

Der vollständige Artikel erschien in der Stuttgarter Zeitung am 3. August 2005.